

„Das Volk“ als Fluchtburg in Krisenzeiten. Zur Wiederkehr eines historisch gewachsenen Deutungsmusters im gegenwärtigen Rechtspopulismus

Everhard Holtmann

Zusammenfassung

Die Wahlerfolge der AfD rühren daher, dass die Partei erfolgreich ein psychologisches Krisen-Reaktionsmuster bedient, das in Deutschland gegenwärtig verbreitet und auch historisch nachweisbar ist. Die verbindende ideologische Klammer der rechtspopulistischen Botschaft ist die Projektion von völkischer Identität, welche die Abgrenzung „des Eigenen“ gegen „das Fremde“ einschließt. Die geistigen Ursprünge des völkischen Ideologems und der damit verknüpften völkischen Feindbilder lassen sich bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen.

1. Vorbemerkung: Psychologische Randbedingungen für das Aufleben des völkisch unterlegten Krisen-Reaktionsmusters

Beschleunigter ökonomischer und gesellschaftlicher Wandel, der sich zu einer existentiellen Krise verdichtet, stellt nicht nur die Institutionen des jeweils bestehenden wirtschaftlichen und politischen Systems, einschließlich der allgemein geltenden sozialmoralischen Maßstäbe und soziokulturellen Leitvorstellungen, auf den Prüfstand. Vielmehr bergen solche Krisenlagen auch besondere Herausforderungen für die betroffenen Menschen, welche die Auswirkungen der Krise persönlich zu spüren bekommen und darüber häufig das Vertrauen in Politik verlieren.

Für die Stabilität der Demokratie und die sie tragenden Parteien hat dies naturgemäß Folgen. Eine Folge ist: Auf dem Boden von Sorgen, Ängsten, Vorurteilen und vorweggenommenen Verlustserfahrungen gedeiht der Rechtspopulismus. In Zeiten einschneidender Krisen wird dieser Boden zu einer fetten Weide für Proteststimmungen



Prof. Dr. Everhard Holtmann

Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg und Projektleiter des Kompetenzzentrums soziale Innovation Sachsen-Anhalt

und wachsende Sympathien für radikale Antiparteien, während umgekehrt das generelle Vertrauen in Institutionen und Repräsentanten des etablierten politischen Systems schrumpft.

Sogenannte Große Krisen beschleunigen eine derartige Entwicklung. Sie haben meistens ökonomische Ursachen, werden aber auch durch kulturelle Umbrüche ausgelöst. Kommt es zu wirtschaftlicher Rezession, herrscht Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und vor sozialem Abstieg vor. Das war zuletzt der Fall während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09. Wird indessen „das Eigene“ in seiner identitätsstiftenden Bedeutung als bedroht erachtet, tritt der Wunsch nach Abwehr „des Fremden“ in den Vordergrund. Einen solchen kulturellen Abwehrreflex hat in Deutschland die sich ab Sommer 2015 zuspitzende Migrationskrise ausgelöst.

Je nachdem also, ob eine Krise stärker ökonomisch oder kulturell aufgeladen ist, positionieren sich die betroffenen Menschen unterschiedlich in ihren Reaktionen, Schuldzuweisungen und Bewältigungsstrategien. Desunbeschadet erweist sich die *Denkfigur des Völkischen* als verbindende Klammer für ein typisches und historisch wiederkehrendes Krisen-Reaktionsmuster, das in Zeiten der Krise reaktiviert wird. Dabei können sich die Betroffenheit durch wirtschaftliche Depression und kulturelle Abwehrreflexe durchaus verbinden. Seit je her bedienen Rechtspopulisten diese Krisengefühle wirkungsvoll mit ihrer Agitation gegen „das System“, harscher Abrechnung mit „alten“ Eliten und einer erklärten Freund-Feind-Ideologie.

Das völkisch unterlegte Krisen-Reaktionsmuster hat sich in Deutschland, als die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 rapide zunahm, schnell verbreitet und die seitherigen Wahlerfolge der AfD wesentlich mit herbeigeführt. Bei der Betrachtung einschlägiger Umfragedaten wird ferner erkennbar, dass schon die vorausgegangene Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 Besorgnis bezüglich des Bewahrens der eigenen, sprich deutschen Identität ausgelöst hatte. Der gegen „Umvolkung“ und „Überfremdung“ gewendete nationalistische Reflex wurde mithin in Ansätzen bereits nach dem Einbruch der globalen ökonomischen Turbulenzen auch hierzulande neuerlich freigesetzt.

Die Betonung liegt auf *neuerlich*. Denn die geistigen Ursprünge dieses Krisen-Reaktionsmusters lassen sich in Deutschland bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen. In den historisch aufeinander folgenden Entwicklungsschüben, von den Befreiungskriegen über den kolonialen Imperialismus und die Bewältigung der Folgen der Niederlage im Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise von 1929, die von großen Teilen der Bevölkerung als schicksalhaft für die Wahrung nationaler Größe und Identität begriffen wurden, hat die politische Rechte dieses Krisen-Reaktionsmuster wirkungsvoll bedient und dabei die völkische Karte erfolgreich ausgespielt.¹

2. Krisenerfahrung und Krisenverarbeitung seit Anbruch des 21. Jahrhunderts

Während der ersten eineinhalb Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts sind in Deutschland, wie oben schon erwähnt, eine ursächlich wirtschaftlich induzierte und eine kulturell

ausgeflaggte Krisenlage zeitlich dicht aufeinander gefolgt. Am Beispiel der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 hat der Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer die dadurch ausgelösten Gefühle von Unsicherheit, Kontrollverlust und politischer Entfremdung beschrieben. In Deutschland fühlte sich seinerzeit angesichts des Zusammenbruchs der globalen Finanzmärkte annähernd die Hälfte der Befragten aktuell und hinsichtlich zukünftiger Lebensplanungen bedroht. Im Grad subjektiver Betroffenheit traten keine durchgängigen Ost-West-Unterschiede auf. Allerdings war die Angst vor Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands höher ausgeprägt (Heitmeyer 2010: 23ff.).

Im Umgang mit der Krise von 2008/09 verfolgten die Betroffenen unterschiedliche individuelle Strategien. Kennzeichnend war unter anderem eine „Aufspaltung“ wahrgenommener Kriseneffekte: „Die gesellschaftliche Lage wird als Belastung wahrgenommen, die eigene Situation aber gleichwohl als entlastend interpretiert“ (Ebenda: 28). Die Einstellungsdaten zeigen, dass die *allgemeine* Wirtschaftslage nach Einbruch und mit Fortgang der Krise deutlich schlechter eingeschätzt wurde als die *eigene* wirtschaftliche Situation (Ebenda: 29). Bei Personen, die sich durch die Krise bedroht fühlten, fielen der Vertrauensschwund in Politik und die Entfremdung von Politik höher aus. „Das Vertrauen in Politiker ist geringer, und die politische Machtlosigkeit, das heißt das Gefühl, auf politische Entscheidungen keinen Einfluss nehmen zu können, ist bei diesen Personen weiter verbreitet“ (Ebenda: 35). Ebenso hatte eine negative Krisenerfahrung spezielle Folgen für die Bereitschaft zu politischer Partizipation: Wer sich als Krisenverlierer sah, war eher bereit, an politischen Veranstaltungen, Demonstrationen und Protestaktionen teilzunehmen (Ebenda: 36). Immerhin glaubten knapp 44 Prozent, „in der Not“ stünde Deutschland „wieder enger zusammen“. Jedoch war auch jede(r) fünfte Befragte der Meinung, in Zeiten der Wirtschaftskrise könne man es sich „nicht mehr erlauben, Minderheiten besonders zu achten und zu schützen“ (Ebenda: 31f.). Der Zusammenschluss nach innen sollte demzufolge mit sozialer bzw. kultureller Anpassung einhergehen.

Rund ein Jahrzehnt später, nun vor dem doppelten Krisenhorizont von 2008/09 und 2015, können wir feststellen: Kennzeichnende Wahrnehmungsmuster und erklärende Stereotypen, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 herangezogen worden waren, um als gefährdet erachtete Lebensbedingungen psychologisch zu bewältigen, wurden ab Sommer 2015 in Reaktion auf die ansteigende Zuwanderung von Flüchtlingen, die real rapide und gefühlt unkontrolliert erfolgte, von neuem aktiviert. Nunmehr war das Krisengefühl allerdings nicht mehr vorrangig mit ökonomischen Sorgen unterlegt. Anders als im Wirkungsumfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09, baute sich jetzt vielmehr nach subjektivem Empfinden eine *kulturelle Gefährdungslage* auf. Folgerichtig haben sich bei den individuell abgerufenen Bewältigungsstrategien die Gewichte entsprechend verschoben. Erkennbar wird dies daran, dass Bedrohungsgefühle, Überfremdungsängste und Abwehrreflexe gegen das „Fremde“ in Teilen der Bevölkerung deutlich angewachsen sind (vgl. Holtmann 2018: 83 u.ö.).

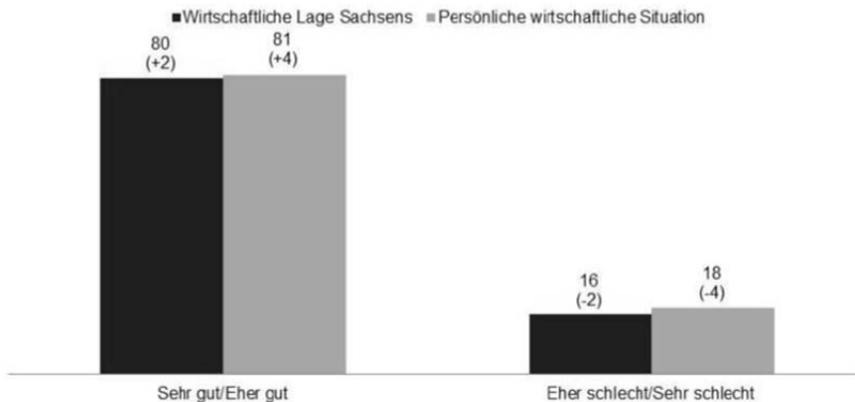
Regional erhobene Einstellungsdaten dokumentieren die Konstanten und Verschiebungen in der Sorgenskala exemplarisch. Laut dem im November 2018 veröf-

fentlichten Sachsen-Monitor 2018 wird auch diesmal die eigene wirtschaftliche Situation positiver eingeschätzt als die allgemeine Lage. Insoweit dauert die gespaltene Wahrnehmung des ökonomischen Umfelds an. Die Spreizung allgemein/persönlich hat sich jedoch abgeschwächt und sie weist, anders als noch 2008/09, für beide Dimensionen in eine positive Richtung. Rund 80 Prozent benoten sowohl die eigene wirtschaftliche Situation wie diejenige des Bundeslandes (eher) gut (Abbildung 1).

Abbildung 1 Bewertung der wirtschaftlichen Lage Sachsens und der persönlichen Situation

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen? Ist sie Ihrer Meinung nach sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene wirtschaftliche Situation denken, ist Ihre persönliche wirtschaftliche Situation sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?



Quelle: Sachsen-Monitor 2018 (Vergleichszahlen des Vorjahres)

Etwa drei Viertel der befragten sächsischen Bevölkerung schätzen außerdem die eigene Zukunft sowie die Zukunft ihres Bundeslandes optimistisch ein (75 bzw. 71 Prozent).

Ungeachtet der überwiegend zuversichtlichen Benotung erscheint der Blick auf Gegenwart und Zukunft verschattet mit verbreiteten Ängsten und Risikoprojektionen. Der wachsende Gegensatz zwischen Arm und Reich (83 Prozent) und der gefährdete soziale Zusammenhalt (78 Prozent) bereiten den Menschen die größten Sorgen. Auch befürchten viele, dass es künftigen Generationen hierzulande schlechter gehen und dass die Rente nicht reichen werde (61 bzw. 59 Prozent). Und etwa 3 von 5 Befragten befürchten, „dass die deutsche Kultur und Eigenart verloren geht“ (Sachsen-Monitor 2018: 11).

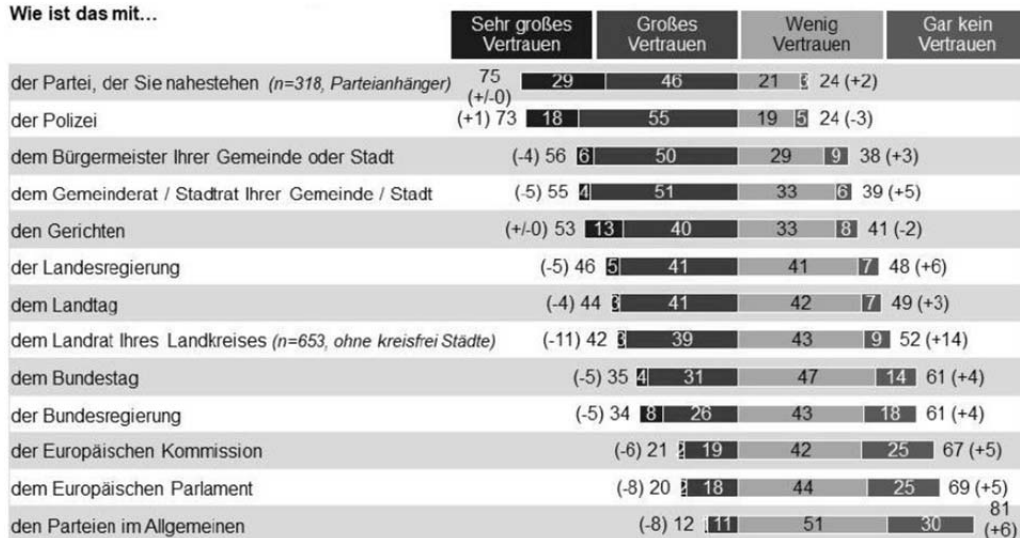
Befragt man die Menschen zu den ihrer Meinung nach *drängendsten Problemen*, so rangieren in Sachsen ökonomische Herausforderungen (Wirtschaftsförderung, Arbeitslosigkeit) mit 17 Prozent der Nennungen auch gegenwärtig im oberen Bereich der Prioritätenskala. Dicht dahinter werden jedoch „Asylpolitik/zu viele Ausländer/Überfremdung“ genannt (16 Prozent). Auch die Sorge um „Soziale Gerechtigkeit/soziale Sicherheit“ erreicht mit 10 Prozent Nennungen als besonders wichtig einen zweistelligen Wert (Sachsen-Monitor 2018: 14).

Der Politik wird die Lösung dieser Probleme weithin nicht mehr wirklich zuge-
traut. Ein Indikator hierfür ist das *Institutionenvertrauen*. Für Sachsen bestätigt sich das
auch bundesweit immer wieder nachgewiesene Meinungsbild: Mit Ausnahme der Par-
tei, der man selbst anhängt (vorausgesetzt, man besitzt überhaupt eine Parteibindung),
mögen den im engeren Sinne politischen Institutionen in Land, Bund und Europa
weniger (und teilweise deutlich weniger) als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger
vertrauen, und dies mit seit Jahren fallender Tendenz (Abbildung 2).

Abbildung 2 Vertrauen in Institutionen

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel
Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

Wie ist das mit...



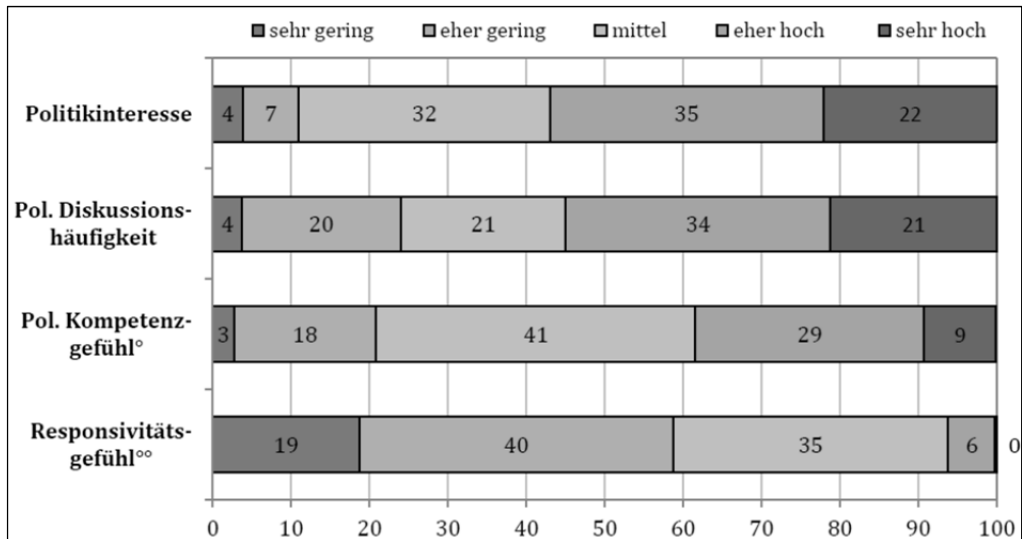
Quelle: Sachsen-Monitor 2018

Konkret misstraut wird der persönlichen Glaubwürdigkeit und dem Mandatsverständnis der Politiker. „Das generelle „Image“ von Politikern ist sehr schlecht, das Vertrauen in Redlichkeit, Volkszugewandtheit und Gemeinwohlorientierung der politischen Akteure sehr gering“ (Sachsen-Monitor 2018: 28). Diese zwischen Wählern und Gewählten aufscheinende *Responsivitätslücke*, d.h. eine gefühlt mangelnde Rückkopplung derer „da oben“ an jene „hier unten“, wird in anderen aktuellen Regionalstudien wie dem Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 bestätigt. In dem nördlichen Nachbarland Sachsens schätzt nur eine kleine Minderheit von 6 Prozent die Politiker als volksnah ein (Abbildung 3).

Dass vor dem Hintergrund einer aktuell zwar als wirtschaftlich stabil eingeschätzten, gleichwohl von persönlichen Sorgen und Ungewissheiten durchwirkten allgemeinen und individuellen Lebenslage sich ein ausgeprägtes *Sicherheitsbedürfnis* reproduziert, überrascht nicht. „Sicherheit“ steht hier für eine vielschichtige Grunderwartung, die nicht nur die Absicherung gegen Gefahren von Leib und Leben und die Gewähr materiellen

Auskommens einschließt, sondern auch auf die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens und zunehmend auch kulturelle Homogenität abhebt. Sollen sich Befragte hypothetisch zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ entscheiden, so fällt, wie die nachstehende Zeitreihe für Sachsen-Anhalt zeigt, die Sicherheitspräferenz eindeutig aus (Abbildung 4).

Abbildung 3 Politisches Interesse, Diskussionshäufigkeit, Kompetenzgefühl und wahrgenommene Responsivität der Politik in Sachsen-Anhalt (Prozentwerte)



Abweichungen zu 100% weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Politisches Kompetenzgefühl – Index aus 3 Fragen:

- Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.
- Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit Politik befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

Responsivitätsgefühl – Index aus 3 Fragen:

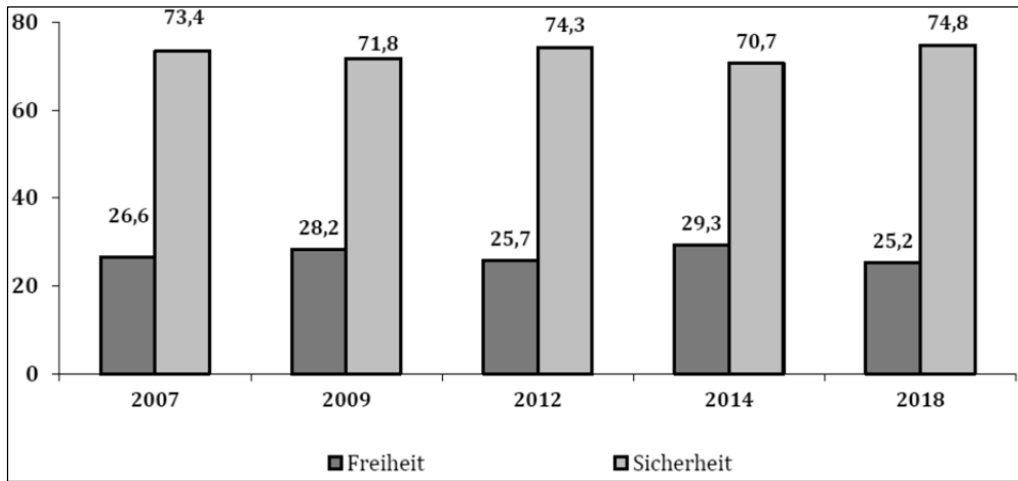
- Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
- Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
- Politiker kümmert, was einfache Leute denken.

Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018

Die vergleichende Demokratieforschung kann nachweisen, dass zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Zufriedenheit mit der Demokratie ein positiver Zusammenhang besteht (Merkel 1999: 67; für die Bundesrepublik Gabriel/Neller 2010: 68ff.). Die uneingeschränkte Geltungskraft dieses vermeintlich ehernen Gesetzes der Politikforschung und Demoskopie steht jedoch spätestens seit der doppelten Krise von 2008/09 und 2015 infrage. Obwohl sich der Wirtschaftshimmel, wie die oben vorgestellten Umfragedaten zur Einschätzung der allgemeinen und persönlichen Situation belegen, inzwischen auch aus Sicht der Menschen wieder aufgehellt hat, wird die globalisierte Wirtschafts- und Finanzwelt weiterhin als eine bedrohliche Über-Macht empfunden, die nationaler Kontrolle entrückt bleibt. Hinzu kommt die empfundene

Bedrohung durch die gleichfalls global entgrenzte Migration. Verbunden wird mit dieser Gefahrenlage ein doppelter Kontrollverlust. Dieser wird einesteiis bezogen auf die nationalen Führungsgruppen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die das nationale Interesse ihren „kosmopolitischen“ Präferenzen vorgeblich nachordnen, und zum anderen verstanden als Ohnmacht der „einfachen Leute“, die sich als Globalisierungsverlierer sehen und ihren materiellen Besitzstand und ihre kulturelle Identität zusätzlich aufgrund von Elitenversagen bedroht sehen.

Abbildung 4 Freiheit oder Sicherheit? (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100% weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt/beides gleichwichtig

Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018

Abbildung 5 Indikatoren Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt

Frage 32	Sachsen-Anhalt 2018	Deutschland Gesamt 2016
Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	19,3	18,5
Bei der prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein (gedrehtes Item/positiv formuliert).	3,8	9,5
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	16	18,6
Für die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge sollte eine Obergrenze eingeführt werden.	48,8	38,1
Der Lebensstandard der Deutschen wird durch die Aufnahme der Flüchtlinge sinken.	13,9	12,4
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	8,2	6,8
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	14,9	18,1

Weiß: Zustimmung, grau: Ablehnung

Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018, Zick et al. (2016), S. 44f.

Aktuelle Umfragedaten bilden diesen neuen Kulturpessimismus ab. Dem bereits zitierten Sachsen-Anhalt-Monitor zufolge, stimmen beispielsweise nur vier Prozent der Befragten der Aussage ausdrücklich zu, Deutschland „sollte prinzipiell alle Personen aufnehmen, die in unserem Land Zuflucht suchen“ (Sachsen-Anhalt-Monitor 2018: 115). Auch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (hierzu Zick/Klein 2014) ist wie auch in anderen Regionen verbreitet (Abbildung 5).

3. Die Anziehungskraft des rechtspopulistischen Narrativs als Krisenhelfer

In Zeiten wie diesen, da – unbeschadet aktuell weit verbreiteter Zufriedenheit mit der Wirtschaftssituation sowie mit der eigenen Lebenslage – die Sorgen um „sichere“ Verhältnisse und berechenbare Zukunftschancen sowie die Ängste vor dem Verlust gewohnter sozialer und kultureller Identität krisenbedingt anwachsen und umgekehrt das Vertrauen in die Moral und das Leistungsvermögen „etablierter“ Politik abnimmt, gewinnt das rechtspopulistische Narrativ an Anziehungskraft, weil es eben diese Gefühlslage psychologisch anspricht. Der Rechtspopulismus bietet sich als eine befreiende Exit-Alternative an, als ein politischer Türöffner zum vermeintlichen Ausstieg aus aller dräuenden Not und Gefahr.

Der Kern jeder populistischen Botschaft ist, wie der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller anmerkt, antipluralistisch. Dies äußert sich darin, „dass seine Vertreter behaupten, sie und nur sie repräsentierten das wahre, immer als homogen gedachte Volk“ (Müller 2016: 24). Populisten jedweder Couleur agitieren ferner, darauf verweist Florian Hartleb, ebenfalls Politologe, bevorzugt gegen das politische und kulturelle Establishment, untermalt mit einem „Gestus der chronischen Entrüstung“ (Hartleb 2006: 108). Populisten bieten sich den Betroffenen politischer, ökonomischer und sozialer Krisen als Anwälte für „Protest“ an.

Rechter Populismus weist alle die genannten Erkennungszeichen auf und stilisiert insbesondere eine völkische, d.h. ethnisch und kulturell homogene Vorstellung von „Volk“. Die aus deutscher Geschichte bekannte Idee einer deutschvölkischen Identität ist eine zentrale Signatur jenes Krisen-Reaktionsmusters, welches auf der rechtspopulistischen Road Map als Ausweg aus der Krise eingezeichnet wird. Weitere Versatzstücke dieses auf „das Volk“ zugeschnittenen politischen Reaktionsmusters sind der beanspruchte Vorrang für „das eigene Volk“, nationalistische Abschottung, das Einfordern von mehr direkter Demokratie sowie die Denunzierung der etablierten Eliten in Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur als machtvessenen, parasitär und volksfremd. Dabei wird zwischen den „einfachen Leuten“ und den verkrusteten Machtzirkeln „da oben“ eine moralische Grenze gezogen.

Das so gefügte rechtspopulistische Narrativ ist keine Erfindung der Gegenwart. Es widerspiegelt vielmehr ein historisch gewachsenes Reaktionsmuster, das in Deutschland eine im Kern reaktionäre Antwort auf die Abfolge großer nationaler Krisen im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts darstellt und schrittweise Gestalt angenommen hat. In seinen ideologischen Ursprüngen und gesellschaftlichen Begründungsbedingungen ver-

stehbar wird das von Rechtspopulisten bediente Krisen-Reaktionsmuster daher durch seine Historisierung. Im Folgenden wird seine Genese und zyklische Wiederkehr während bestimmter Krisenphasen der deutschen Vergangenheit im Zeitraffer nachgezeichnet.

4. Die völkische Kampfansage an die Moderne in deutscher Vergangenheit

Vaterländische Erweckung zur Zeit der Befreiungskriege (1813–1815)

Im Zuge der Freiheitsbewegung gegen die napoleonische Fremdherrschaft und der Befreiungskriege von 1813 bis 1815 gewann die öffentliche Rede vom „Volk“ schnell an Breite. Populär wurde die völkische Parole mittels Projektion eines Feindbilds, für welches damals die französische Besatzungsmacht herhielt. Der Mythos vom Volk braucht, um wirkmächtig zu sein, den *Volksfeind*. Diese aggressiv abgrenzende Vokabel blieb im völkischen Sprachgebrauch hinfert erhalten. Der Publizist Gustav Seibt sieht in der nationalen Verherrlichung von Volk das bleibende „toxische Potential des neuzeitlichen Volksbegriffs“. Spätere Rassen- und Klassenideologen hätten diese Rhetorik zur „Sprache der Vernichtung“ perfektioniert. „Jeder Schrei ‚Wir sind das Volk!‘ behält etwas von dieser ausgrenzenden Gewaltbarkeit“ (Seibt 2016).

Die Nationalliteratur der Befreiungskrise schlug für die nationalchauvinistische Verklärung von „deutschem Volkstum“ und „deutschem Wesen“ die erste Bresche. In der Zeit des Vormärz griff die politische Romantik die antiwestliche und antirationale Stoßrichtung der deutschvölkischen Aussage auf und erweiterte sie um ein heldentümelndes Geschichtsbild. So wurden beispielsweise Hermann der Cherusker, Kaiser Friedrich Barbarossa und die (ausnahmsweise weibliche) überzeitliche Heldenfigur der „Germania“ als Vorbilder für „Deutschtum“ figuriert. Das Krisengemälde einer äußeren Bedrohung deutschen Bodens und nationaler Identität hat auch nach der militärischen Niederlage Napoleons im Kampfbegriff des französischen „Erbfeindes“ noch lange überdauert. Der Rhein, der Strom der Nibelungen, markierte die alldeutsche Verteidigungslinie. Im Jahr 1840 entstand das trutzige Wächterlied: *„Es braust ein Ruf wie Donnerhall/Wie Schwertgeklirr und Wogenprall/Zum Rhein! Zum Rhein! Zum deutschen Rhein!/Wer will des Stromes Hüter sein?/Lieb’ Vaterland, magst ruhig sein/Fest steht und treu die Wacht am Rhein!“*²

Der Aufwuchs der völkischen Massenbewegung nach der Reichsgründung 1871

Weil die Gründung des Deutschen Reiches 1871 die „deutschen Stämme“ zu einer „verspäteten Nation“ vereinte, erhielt vaterländisches und völkisches Denken eine beträchtliche Schubkraft. Die ökonomischen Umbrüche und sozialen Gegensätze, die im Gefolge der Industrialisierung auftraten, trugen dazu bei, dass die deutschnationale und deutschvölkische Gesinnung zur Wilhelminischen Leitkultur aufstieg, die ihre Massen-

basis unter Agrariern, Bildungseliten, Kleinbürgern und im alten Mittelstand fand. Wie der Historiker Hans-Jürgen Puhle schreibt, hat insbesondere auch das verbandlich organisierte Landvolk „die neue biologistische, rassistisch-völkische Fundierung des nationalen Selbstverständnisses der Deutschen“ popularisiert (Puhle 1975: 90).

Die völkische Sammlung kam auch im Kaiserreich nicht ohne soziale und kulturelle Ausgrenzung aus. Diese traf zum einen die als „vaterlandslose Gesellen“ abgestempelten Sozialdemokraten und zum anderen die „ultramontaner“ Umtriebe verdächtigten papsttreuen Katholiken. Der neue Volksfeind erwuchs nun im Landesinneren: „In uns selbst ist der Feind entstanden, im eigenen Hause bedrohen entartete Söhne die Mutter Germania“ (Zitat bei Puhle 1975: 106).

Als das Kaiserreich in den 1890er Jahren in den Wettlauf um kolonialen Besitz mit einstieg, erhielt der völkische Nationalismus eine imperialistische Stoßrichtung. Der ideelle Schulterschluss mit dem „Kolonialenthusiasmus“ lässt sich im Rückblick mit den Worten des Historikers Hans-Ulrich Wehler „als Krisenideologie begreifen, die verbreiteten Frustrationen ein Ventil versprach“ (Wehler 1970: 132). Die Beweggründe hierfür ortete Wehler in Ängsten des alten Mittelstandes vor sozialem Abstieg. Für jene, die sich als Verlierer der Industrialisierung sahen, bot das koloniale Weltmachtstreben eine „Ablenkung von der inneren Misere“ (Ebenda).

Bis zum Ende des Kaiserreiches hatte sich das völkische Krisen-Reaktionsmuster in bis heute erkennbaren Merkmalen bereits ausgeformt. Allerdings mit zwei Ausnahmen: Noch fehlten zum einen die Anti-Eliten-Frontstellung und zum anderen das Eintreten für eine plebiszitäre Umformung der parlamentarischen Demokratie

Rechtspopulistische Agitation in der Weimarer Republik

Um diese beiden vormals noch fehlenden polarisierenden Angriffspunkte reicherte sich die rechtspopulistische Agitation im Laufe der Weimarer Republik an. Förderlich für die ungebrochene Anziehungskraft des Krisen-Reaktionsmusters wirkte sich aus, dass der ersten deutschen Demokratie zwischen den zeitlichen Polen der anfänglichen Transformationskrise und der späteren Weltwirtschaftskrise nur wenige Jahre einer relativen politischen und wirtschaftlichen Stabilität verblieben. Neben den damaligen alten Eliten in Wirtschaft, Verwaltung, Militär, Schule und Wissenschaft fand die rechtspopulistische Krisensinfonie abermals Gehör vor allem in der gesellschaftlichen Mitte. In der Rückschau wird erkennbar, wie sich seinerzeit in den alten und auch den neuen Mittelschichten aufgrund tatsächlich erlebter oder lediglich gefühlter existentieller Bedrohung ein systemfeindlicher und sozialkonservativer Abwehrreflex aufbaute, der auf Abgrenzung setzte und ein organisches, ständisch gegliedertes Nationalvolk herbeiwünschte. Noch bevor der Nationalsozialismus das ideologische Erbe des Rechtspopulismus in seiner rassistisch zugespitzten Form antrat, hatten sich weite Teile der Mittelschichten unter der nationalpolitischen Flagge bereits radikalisiert. Diesen sozialen Formationen war, wie der Soziologe Theodor Geiger in seiner erstmals 1932 erschienenen Studie formulierte, „gemein, dass sie sich gegenwärtig im *Verteidigungsstand* befinden“ (Geiger 1972 [1932]: 80).

Lebendig gehalten durch zwei ökonomisch-soziale Großkrisen, die innerhalb eines knappen Jahrzehnts aufeinander folgten, kehrte sich die Stimmung radikalen Protests gegen „volksfeindliche“ Eliten, die des Verrats an der nationalen Sache geziehen wurden, gegen Bedrohung von außen in Gestalt ehemaliger Kriegsgegner, gegen materielle Verelendung und gegen die befürchtete Abwertung des eigenen sozialen Status. Von der Verschmelzung von sozialkulturellen Protestmotiven, die sich gegen eine Entwertung „des Eigenen“ kehrten, mit einer realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenlage hat der Rechtspopulismus zu Zeiten der Weimarer Republik profitiert.

Der Topos nationaler Identität in der gegenwärtigen Bundesrepublik

Einer neueren empirischen Studie des Mannheimer Politologen Matthias Mader zufolge scheint nach 1995 das Einstellungsmuster „mit ausschließlich völkisch-kulturalistischen und chauvinistischen Haltungen verschwunden zu sein“ (Mader 2016: 452). Maders statistische Daten weisen indessen auch als Mehrheitsmeinung aus, dass „deutsch“ zu sein die entsprechende Geburt und kulturelle Integration, d.h. die Anerkennung „deutsche[r] Sitten und Gebräuche“, voraussetzt (Ebenda: 442). Eine zwei Jahre später, im September 2016 durchgeführte Umfrage des Instituts für Allensbach bestätigt den Befund insofern, als knapp die Hälfte der Bevölkerung meinte, „Deutsch sein“ habe „auch mit Herkunft und Tradition zu tun“. 53 Prozent bewegte die Sorge, dass „das, was Deutschland war, verloren“ zu gehen drohe, wenn der Zustrom von Migranten zunehme“. Dabei reichte „Die Furcht vor dem Verlust der kulturellen Identität weit über den Kreis der AfD-Anhänger hinaus“ (Petersen 2016).

Die hier gemessenen Einstellungen lassen sich nicht als eindeutiger Ausdruck eines nationalistischen Überlegenheitsgefühls interpretieren. Jedoch deutete sich hier bereits an, dass Teile der Bevölkerung in Krisenzeiten für völkische Botschaften empfänglich werden können. Eine solche Dynamik setzte auf der Einstellungsebene ein, nachdem im Laufe des Jahres 2015 die Migration eine bis dahin unbekannte Größenordnung erreichte. Die „Flüchtlingsfrage“ und die dadurch ausgelöste Wiederkehr des speziellen Krisen-Reaktionsmodus wurden zur Einfallspforte des neuen deutschen Rechtspopulismus – siehe oben.

Ist der rechtspopulistische Krisenmodus von Dauer?

Das rechtspopulistische Krisen-Reaktionsmuster ist keinesfalls lediglich eine Art Kurzschluss im Kreislauf des demokratischen Systems, der sich rasch beheben ließe. Darauf deuten sowohl die nicht nur hierzulande, sondern europaweit erzielten Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien und Gruppierungen als auch seit die langem anhaltende Grundstimmung von Unsicherheit, potentiellen Lebensrisiken, Bedrohung „des Eigenen“ und politischer Entfremdung hin. Abweichend von einem bisher als gültig erachteten Wirkungszusammenhang, sichern wirtschaftliche Prosperität und subjektive Lebenszufriedenheit nicht mehr automatisch eine stabile demokratische politische Kultur. Vielmehr dauern die *Vertrauenskrise* in die etablierte Politik sowie die kulturell grundier-

te *Identitätskrise* unbeschadet eines inzwischen Jahre währenden wirtschaftlichen Aufschwungs fort. Solange die gesellschaftliche Trägerbasis für diese Krisengefühle nicht nennenswert schmilzt, wird die Botschaft des Rechtspopulismus Resonanz finden.

Anmerkungen

- 1 Diesen historischen Entstehungs- und Wirkungszusammenhang habe ich an anderer Stelle breiter ausgeführt: Everhard Holtmann, *Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland* (bpb-Schriftenreihe Band 10207), Bonn 2018.
- 2 Abgedruckt bei Walter Grab/Uwe Friesel: *Noch ist Deutschland nicht verloren. Eine historisch-politische Analyse unterdrückter Lyrik von der Französischen Revolution bis zur Reichsgründung*, München 1970, S. 16.

Literatur

- Gabriel, Oscar W./Neller, Katja (2010): Bürger und Politik in Deutschland, in: Ders./Plasser, Fritz (Hrsg.), *Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa*, Baden-Baden, S. 57-146.
<https://doi.org/10.5771/9783845225098-57>
- Geiger, Theodor (1932): *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Darmstadt.
- Hartleb, Florian (2006): Rechts- und Linkspopulismus im internationalen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteyentypus, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.), *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen, S. 105-145.
<https://doi.org/10.13109/9783666369056.105>
- Heitmeyer, Wilhelm (2010): *Deutsche Zustände. Folge 8*, Berlin, Suhrkamp.
- Holtmann, Everhard (2018): *Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland* (bpb-Schriftenreihe Band 10207), Bonn.
- Mader, Matthias (2016): Stabilität und Wandel der nationalen Identität in der deutschen Bevölkerung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 68, Heft 3, S. 435-456.
<https://doi.org/10.1007/s11577-016-0370-9>
- Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Opladen. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-86684-4>
- Müller, Jan-Werner (2016): Populismus. Symptom einer Krise der politischen Repräsentation? In: *APuZ*, 40-42, S. 24-29.
- Petersen, Thomas (2016): Was ist deutsch? In: *FAZ* vom 27. September 2016, S. 8.
- Puhle, Hans-Jürgen (1975): *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich 1893 – 1914*, Bonn-Bad Godesberg.
- Seibt, Gustav (2016): Sprengstoff. Die AfD beruft sich unentwegt auf Volk und Volkswillen: Ihr weltanschaulicher Kern ist ein radikaler Antiliberalismus, in: *Süddt. Zeitung* vom 4./5. Mai 2016, S. 11.
- Wehler, Hans-Ulrich (1970): *Krisenherde des Kaiserreiches 1871–1918*, Göttingen.
- Zick, Andreas/Klein Anna (2014), *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Bonn, Dietz
- Zick Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Bonn, Dietz